

Kontakt Vorstand:

Christiane Kasprik, Mühlstraße 22
72461 Albstadt-Tailfingen, Tel 07432-4977

Gemeinderätin:

Elke Rapphel, Degerwandstr.85
72458 Albstadt-Ebingen, Tel 07431-500128



Zukunftsorientiert - Unabhängig - Gemeinsam
www.zug-albstadt.de | info@zug-albstadt.de

Albstadt

Albstadt, den 27.6.2019

Städtische Bäder sind für alle da und müssen für alle zu den gleichen Bedingungen nutzbar sein

Offener Brief an die Geschäftsleitung der Albstadtwerke, Herrn Oberbürgermeister Konzelmann und den Aufsichtsrat der Albstadtwerke

(Vorab per E-Mail, mit der Bitte um Weiterleitung!)

Sehr geehrter Herr Dr. Linnemann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Konzelmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 10.6.2019 können Stromkunden der Albstadtwerke – sofern sie sich eine albPlus-Karte ausstellen lassen - in den städtischen Bädern zum Nulltarif baden. Alle anderen Badbesucher werden dafür mit einer drastischen Preiserhöhung bestraft: 6,- Euro für Erwachsene statt bisher 3,60 € (+66%). Der ermäßigte Eintritt stieg von 2,10 € auf 3,- Euro (+43%).

Wir lehnen es aus grundsätzlichen Erwägungen ab, dass städtische Bäder, die mit Steuergeldern für die Allgemeinheit gebaut wurden, umgewidmet werden, zum Kernbestandteil einer „exklusiven Vorteilswelt der Albstadtwerke“ (Werbung albPlus). Es verbietet sich, in einem öffentlichen städtischen Bad „Exklusiv-Badetage“ zu veranstalten, bei denen alle, die nicht Stromkunde der Albstadtwerke sind, ausgeschlossen werden. Wir sind entschieden dagegen, den Konkurrenz- und Preiskampf auf dem Strommarkt auf dem Rücken der Badegäste auszutragen. Deshalb:

Nehmen Sie die Preiserhöhung in den Bädern auf Ihrer nächsten Aufsichtsratssitzung am 2. Juli wieder zurück!

Die sogenannte Liberalisierung des Strommarkts haben nicht die Bürger eingeführt, sondern die bürgerlichen Parteien und ihre Politiker im Interesse der größten Energiekonzerne. Der eigentliche Grund, warum die Stadtwerke zu kämpfen haben und unsere Lebensverhältnisse in immer mehr Bereichen in Frage gestellt werden, ist doch die Privatisierungspolitik und Kapitalisierung von immer mehr Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge. Sei es beim Krankenhaus, bei Gas-Wasser-Strom, bei den Wohnpreisen oder auch den Bädern – alles ist und wird ausgerichtet um Gewinn zu machen. Damit unterliegt aber auch alles immer offener dem Gesetz des kapitalistischen Konkurrenzkampfs auf den liberalisierten Märkten. Zweifellos setzen die Stromriesen, die Einflüsse des Weltmarkts, die steigenden Gebühren der Bundesnetzagentur usw. bundesweit die kleineren Stadtwerke unter Druck. Aber das liegt am System und nicht an einzelnen „abtrünnigen“ Stromkunden, die sie dafür als Badegäste bestrafen wollen. Versuchen Sie doch nicht, den Druck nach unten abzuwälzen. Als ob die Leute nicht auch rechnen müssten!

Auch die Methode, die auf Diffamierung und Spaltung setzt, weisen wir zurück. Auf der einen Seite die angeblich einzig „heimatbewussten“ Strombezieher bei den Albstadtwerken. Diese versuchen Sie mit Vergünstigungen und Werbegeschenken aus der „exklusiven Vorteilswelt der Albstadtwerke“ zu locken.

Auf der anderen Seite diejenigen, die ihren Strom angeblich „beim billigen Jakob beziehen“ (Dr. Linnemann, Schwabo 1.4.2019). Über sie wird hergezogen, in dem Sinne, dass sie die Dienste der Albstadtwerke in Anspruch nehmen, aber die Kosten dafür nicht tragen. Was sollen diese ehrabschneidenden Behauptungen. Jeder Albstädter Haushalt ist Kunde bei den Albstadtwerken, sei es beim Wasser, Abwasser oder über die Netzentgelte, die vom Einzelnen bezahlt und mit den Albstadtwerken verrechnet werden. Dass manche Bereiche der Daseinsvorsorge nicht kostendeckend beim Einzelkunden abgerechnet werden können, mag einen Geschäftsführer der Albstadtwerke vielleicht ärgern, ist nun aber mal so. Deshalb waren es ursprünglich ja auch kommunale Gemeinschaftsaufgaben der Daseinsvorsorge, die weitgehend aus Steuergeldern finanziert wurden.

Mit Schlagworten wie „Wir tun etwas für die Region“ versuchen Sie, uns ideologisch zu vereinnahmen. Als ob nicht auch andere etwas „für die Region“ tun würden. In Wirklichkeit geht es aber wohl vor allem darum, dass wir uns im härter werdenden Konkurrenzkampf für „unsere Albstadtwerke“, stark machen und dafür ruhig auch mal mehr bezahlen sollen. Diese ganze Richtung, dass jeder zuerst an „sein“ Werk, an „seine“ Region, „sein“ Land usw. denken soll, ist eine Sackgasse. Sie löst kein Problem, sondern führt zu einem noch schärferen Konkurrenzkampf. Zum Hauen und Stechen, wer jeweils auf Kosten anderer die Nase vorn hat. Siehe die „America First“-Politik von US-Präsident Trump und ihre Folgen. Das ist nicht unser Ding.

Auch bei den Bädern werden die Argumente gedreht und gewendet, wie man's gerade braucht.

Jahrelang hieß es, der Besucherrückgang stelle die Existenz der städtischen Bäder akut in Frage. Jetzt sagt Herr Dr. Linnemann plötzlich, die künftig fehlenden Bad-Eintrittsgelder der AlbStrom-Kunden fielen ohnehin bei den Gesamtkosten der Bäder kaum ins Gewicht (Schwabo 1.4.19). Das verstehe wer will. Man kann sich schon fast an fünf Fingern abzählen, dass es irgendwann dann heißen wird: Wir müssen das Naturbad schließen, denn jetzt sind auch noch die zahlenden Gäste zurück gegangen. (Was bei den Preisen ja kein Wunder wäre ...)

Dass es das Naturbad in der heutigen Form überhaupt gibt und noch immer gibt, ist vor allem dem Protest und Widerstand der Bevölkerung zu verdanken. Z.U.G. hat diesen immer vorbehaltlos unterstützt und mit organisiert, denn für Viele ist ein Spaßbad wie das badkap eben keine Alternative zum Stadtteilbad.

Hat die Preispolitik im Naturbad auch etwas mit dem badkap zu tun?

Diese Frage steht zumindest mit im Raum.

Erst vor kurzem wurde das badkap endgültig an den privaten Betreiber g1 verschenkt und dabei noch eine „Morgengabe“ von 6 Mio. Euro (!) draufgelegt. Beweisen Sie uns das Gegenteil, wenn dies nicht in erster Linie einem europaweit agierenden Bäderkonzern dient, der Notlagen von Städten oder Stadtwerken ausnutzt, um sein Kapital zu vermehren.

Die Bevölkerung fragt sich auch: Sollen mit den überhöhten neuen Preisen in den städtischen Bädern vielleicht bewusst zahlungspflichtige Besucher ins badkap „umgeleitet“ werden? Dort kostet der Freibadeintritt im Sommer nämlich „nur“ 4,50 und keine 6 €. Zumindest wäre g1 damit unter die Arme gegriffen, seinem erklärten Ziel von 20.000 Besuchern mehr pro Jahr (ZAK 21.07.18) näher zu kommen. Und wenn das Naturbad in Tailfingen über kurz oder lang dicht gemacht würde, wäre g1 einen kleinen Konkurrenten im Umkreis los. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Das Ganze zeigt:

Der Kampf für den Erhalt des Naturfreibads Tailfingen ist nicht vom Tisch. Es sieht eher so aus, als ob er in die nächste Runde geht. Im Moment steht dabei die Forderung nach gleichberechtigtem Zutritt für alle im Mittelpunkt.

Weitere wichtige Gründe, warum unserer Meinung nach die Preiserhöhung schnellstmöglich wieder vom Tisch muss:

Sie ist zutiefst unsozial. Sie trifft am meisten Familien, Alleinerziehende, Rentner, usw., die den Stromanbieter deshalb gewechselt haben, weil sie auf jeden Cent achten müssen. Diejenigen, die sich keine Luxus-Bäderpreise oder weite Anfahrtswege leisten können.

Sie ist eine Ohrfeige für den Breitensport und die Lebensqualität in den Stadtteilen. Albstadt wirbt mit „Sportstadt“ oder „Bewegungs- und Gesundheitsstadt“ für sich. Aber wer kann oder will schon allein fürs Frühschwimmen sechs Euro zahlen? Fakt ist auch, dass laut einer erst kürzlich veröffentlichten DRK-Studie immer weniger Jugendliche und Kinder schwimmen können. Die Zahl derer, die ertrinken, nimmt jedes Jahr zu. Soll sich das durch überbezahlte Eintrittspreise noch weiter fortsetzen?

Alle auswärtigen Badegäste werden gleich mit abgestraft. Wo bleibt da die Tourismusförderung, um die die Stadt doch sonst so bemüht ist?

Wir fordern den Aufsichtsrat der Albstadtwerke und insbesondere Sie, Herrn Oberbürgermeister Konzelmann als Aufsichtsratsvorsitzenden und Oberbürgermeister, hiermit auf, dafür zu sorgen, dass die betreffenden Beschlüsse schnellstmöglich wieder rückgängig gemacht werden.

Mit freundlichem Gruß

Elke Rapphel
(Stadträtin Z.U.G.)

Christiane Kasprk
(Vorstandssprecherin Z.U.G.)